



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 23.06.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 28. Juni 2022, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.05.2022
2. **22-V-31-0004** **DL 20/22-12**
Evaluationsbericht Waffenverbotszone 2019 - 2021
3. **22-V-31-0003** **DL 19/22-15**
Jahresbericht Stadtpolizei 2021

4. 22-F-69-0016

Gewalt gegen Wiesbadener Ordnungs- Einsatz- und Rettungskräfte
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 09.03.2022 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat II vom 31.05.2022

5. 22-F-69-0036

Mehr Sicherheit durch Poller in der Innenstadt
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 22.06.2022 -

Seit vielen Jahren ist die Notwendigkeit von Pollern, die vor Amokfahrern und Terrorismus schützen sollen, in Wiesbaden ein Thema. Mehrfach wurde gefordert, dass das entsprechende Dezernat hier tätig werden muss. Entsprechende Anträge wurden bereits in der vergangenen und laufenden Legislaturperiode eingebracht, zuletzt am 08.09.2021 der Antrag „Versenkbare Poller in Wiesbaden“ von CDU, VOLT und ULW/BLW/BIG. Völlig unklar ist, warum diese Sicherheitsmaßnahme in der Wiesbadener Innenstadt immer noch nicht umgesetzt worden ist, obwohl die Notwendigkeit klar ersichtlich ist und sich die Stadtverordnetenversammlung bereits 2017 für die versenkbaren Pollern ausgesprochen hat: vor inzwischen fünf Jahren. Immer wieder kommt es zu Attentaten und Anschlägen in Städten, zuletzt vor wenigen Tagen in Berlin, wo Nahe des Breitscheidplatzes ein Fahrzeug in eine Menschenmenge gerast ist. Eine Lehrerin aus Hessen kam dabei ums Leben, 32 junge Menschen wurden zum Teil lebensbedrohlich verletzt.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. aus welchen Gründen die versenkbaren Poller auch fünf Jahre später noch nicht in der Innenstadt implementiert wurden,
2. wann, in welcher Form und an welchen Stellen die versenkbaren Poller in Wiesbaden gebaut werden sollen.

6. 22-F-63-0046

Lage von wohnungslosen Frauen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen, Volt und SPD vom 22.06.2022 -

Rund ein Drittel aller Wohnungslosen in Deutschland sind Frauen. Obwohl statistisch jede dritte wohnungslose Person eine Frau ist, mangelt es laut Expert*innen bundesweit an bedarfsgerechter Hilfe. Dabei unterscheiden sich die Bedürfnisse von wohnungslosen Frauen und Männern gerade in Sachen Hygiene und medizinischer Betreuung. Das Ignorieren von frauenspezifischen Bedarfen führt auch bei wohnungslosen Frauen zu großen Problemen. Ein Sachstandsbericht über die Situation in der Landeshauptstadt Wiesbaden wäre eine wichtige Grundlage für adäquate Lösungen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Gibt es in der Landeshauptstadt Wiesbaden Aufenthaltsmöglichkeiten speziell für wohnungslose Frauen?
 - a. Wenn ja, wie sind diese Aufenthaltsmöglichkeiten ausgestattet?

2. Gibt es in der Landeshauptstadt Wiesbaden medizinische Betreuungsangebote speziell für wohnungslose Frauen (beispielsweise Frauenärzt*innen)?
3. Gibt es in der Landeshauptstadt Wiesbaden Orte, an denen sich wohnungslose Frauen kostenlos Hygieneartikel (wie Tampons oder Binden) holen können?
4. Gibt es in der Landeshauptstadt Wiesbaden Beratungsangebote speziell für wohnungslose Frauen?

7. 22-F-63-0055

Gleichstellungsgrundsatz in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 22.06.2022 -

Frauen haben Jahrhunderte für Gleichberechtigung gekämpft. Jede Frau muss selbst bestimmen können, wie sie sich kleidet. Diese Freiheit ist auch heute noch vielerorts eingeschränkt. Kleidervorschriften, die diskriminieren, sind grundsätzlich zu verurteilen.

Im August 2021 hatte sich eine non-binäre Person in einem Göttinger Schwimmbad geweigert, ihre Brust zu bekleiden und erhielt daraufhin ein Hausverbot. Ausgelöst durch die Diskussion in Göttingen, stehen bundesweit Bekleidungsregeln in Schwimmbädern auf dem Prüfstand.

In Göttingen wird derzeit an Wochenenden das Tragen eines Oberteils als Badebekleidung allen Besucher*innen der kommunalen Schwimmbäder freigestellt. Einem aktuellen Pressebericht zur Folge beobachtet Wiesbaden die Testphase mit großem Interesse. Demnach strebt die Betriebskommission der mattiaqua zu gegebener Zeit einen Austausch mit den Kolleg*innen der Göttinger Bäderbetriebe an und plant, die getroffenen Erkenntnisse für die hiesigen Bäder im Herbst zu diskutieren.¹

Grundsätzlich sollte nicht nur über das Tragen eines Badeoberteils frei entschieden werden. Nach Meinung der Rechtsanwältin Leonie Thum sollten alle Brüste nach dem Gesetz her gleich sein. Die unterschiedliche Behandlung aufgrund sekundärer Geschlechtsmerkmale stellt eine Diskriminierung dar.² Möchten hingegen Körperteile bedeckt werden, dann muss auch dies frei entschieden werden dürfen und das Tragen eines Burkinis gestattet sein. In der Wiesbadener Haus- und Badeordnung ist dieses Recht für verschiedene Bäder geregelt und das Tragen von Burkinis ausdrücklich gestattet.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, ob Badebesucher*innen in Wiesbaden auf das Tragen eines Oberteils verzichten.

¹ https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/gottingen-als-vorbild-oben-ohne-ins-freibad_25582714

² <https://www.deutschlandfunkkultur.de/oben-ohne-thum-100.html#:~:text=%E2%80%9ENach%20dem%20Gesetz%20sollten%20alle%20Br%C3%BCste%20gleich%20sein%E2%80%9C%2C%20sagt,Geschlechtsmerkmale%20stelle%20eine%20Diskriminierung%20dar.>

2. Zu berichten, ob die Badebekleidung bei Badegästen in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern kontrolliert wird.
 - 2.1 Falls ja, was bei Missachtung der bestehenden Regelungen passiert
 - 2.2 Falls eine Sanktionierung erfolgt, über den Umgang mit non-binären, inter oder trans* Personen zu berichten.
3. Ein Gespräch mit der LGBTIQ-Koordinierungsstelle zu führen, um so die Möglichkeit zu schaffen, Erfahrungsberichte der Community zu eruieren.
4. Den Erfahrungsbericht des Göttinger Modells, das auf 3 Monate befristet ist, anzufordern, auszuwerten und im Ausschuss zu berichten und ferner über Erfahrungswerte weiterer Kommunen hinsichtlich einer oberkörperfreien Badebekleidung zu berichten.
 - 4.1 Nach erfolgter Berichterstattung zu prüfen, ob die Badeordnung der Wiesbadener Frei- und Hallenbäder bestmöglich hinsichtlich eines Gleichstellungsgrundsatzes angepasst werden kann mit dem Ziel, allen Menschen schnellstmöglich das Recht einzuräumen, sich mit unbedecktem Oberkörper in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern aufzuhalten und zu schwimmen/baden.

8. 22-F-10-0011

Sirenenanlagen in der LHW
- Antrag der Fraktion AfD vom 21.06.2022 -

Ereignisse wie die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 sowie der im Jahr 2020 erstmals durchgeführte bundesweite Warntag haben gezeigt, dass die Bedeutung von Sirenen hoch und die Erwartungshaltung der Bevölkerung an die Vorhaltung von Sirenen groß ist.

Sirenen sind in Deutschland nicht flächendeckend vorhanden. Darüber hinaus entspricht die Technik der eingesetzten Geräte zum Teil nicht mehr den aktuellen Standards und sie können deswegen die von der *Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes* (IMK) empfohlenen einheitlichen Signale „Bevölkerungswarnung“ und „Entwarnung“ nicht zuverlässig wiedergeben.

Am besten funktioniert die Warnung nach Meinung des *Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe* (BBK) durch einen Warnmittelmix: Sirenen weisen die Menschen effektiv auf eine drohende Gefahr hin, damit sie sich sodann über weitere Kanäle wie TV, Radio oder Warn-Apps mit notwendigen Informationen und Handlungsempfehlungen versorgen können.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit wolle beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
Der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Sirenenanlagen gibt es aktuell in der LHW und wo befinden sie sich? Bitte die Standorte auflisten.
2. Wie viele der Sirenenanlagen sind aktuell voll funktionstüchtig und einsatzbereit? Wie viele sind nicht einsatzbereit? Von wie vielen ist der Status unbekannt?
3. Wann wurden die Sirenen in der LHW zuletzt genutzt?
4. Bilden die vorhandenen einsatzbereiten Sirenen, insbesondere in Hinblick auf die topographische Lage Wiesbadens, ein flächendeckendes Netz? Gibt es Lücken und falls ja, wo?

5. Wurde zur Deckung, bzw. zum Ausbau des Warnmittelnetzes und zur Ausstattung bestehender Anlagen mit neuen Ansteuerungsgeräten, Unterstützung über das Sirenenförderprogramm des Bundes, welches noch bis Ende 2022 läuft, beantragt?
6. Sind in der LHW unabhängig vom bundesweiten „Warntag“ Übungen zur Warnung der Bevölkerung vor einer Katastrophe geplant, bei denen auch die Sirenen eingesetzt werden? Falls ja, wann? Falls nein, warum nicht?

9. 22-F-15-0013

„Fahrradstreife der Stadtpolizei“

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 22.06.2022 -

Auf Seite 16 des Jahresberichts 2021 der Stadtpolizei wird die Bestreifung von 6 Routen im gesamten Stadtgebiet aufgelistet. Unter anderem wird erwähnt, „die Routen wurden mit den Ortsbeiräten abgestimmt“. Den von uns befragten Ortsbeiräten ist hiervon jedoch nichts erinnerlich. Eine Recherche in PiWi brachte ebenfalls keine Erkenntnisse.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wann und mit welchen Ortsbeiräten wurden die o.g. Routen geplant?
2. Wann und mit welchen Ortsbeiräten wurden die Streifenpläne entwickelt?
3. Wie lautet der entsprechende Beschluss und unter welcher Beschlussnummer ist er auffindbar?
4. Gibt es Erkenntnisse über die Ergebnisse der Bestreifung im laufenden Jahr?
5. Wurden in diesem Jahr Verdächtige festgestellt und entsprechende Folgemaßnahmen eingeleitet?

10. 22-V-01-0012

DL 19/22-6

Tätigkeitsbericht des Kommunalen Frauenreferates, 2020 und 2021

11. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 14-F-33-0072

DL 20/22-1, 30/21-1

Kooperationsprojekt HaLT!
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014

ANLAGE: Bericht von Dezernat II vom 09.06.2022

2. 22-F-69-0007

Gewalt gegen ältere Frauen in Paarbeziehungen
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.01.2022-

ANLAGE: Bericht von Dezernat VI vom 10.05.2022

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende